

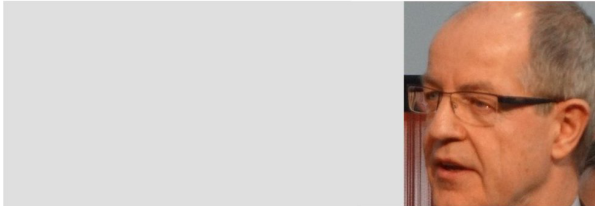


Zum BZMG-Artikel

Abwahlvorhaben von CDU und SPD: Die unrühmlichen Rollen von OB Hans Wilhelm Reiners (CDU) und der SPD Vis-à-vis-Interview mit Karl Sasserath (Grüne)

<http://www.bz-mg.de/?p=107298>

Von Bernhard Wilms – 29.01.2015



"Menschlich sicherlich bedauerlich. Aber ich teile die Sichtweise von CDU und SPD. Die Vertrauensbasis ist intern wie extern nicht mehr da, die Akzeptanz nicht erkennbar. Ich habe ernsthafte Gespräche mit ihm geführt, aber ohne Erfolg", sagte Reiners der RP.

Dass es solche „ernsthaften“ Gespräche (plural) wirklich gegeben hat, wird schwer nachzuvollziehen sein, es sei denn es gäbe über solche „Personalgespräche“ Protokolle.

Wurff jedenfalls zeigte sich gegenüber der RP vom "Absoluten des Antrags" der GroKo überrascht: "Wir hätten auch gemeinsam absoluten können, wie man andere konstruktive Wege geht. Das ist aber nicht geschehen."

Eine solche öffentliche „Demontage“ eines Dezernenten durch einen Verwaltungschef ist ein ebenso einmaliger Vorgang, wie die Tatsache der geplanten Abberufung eines Dezernenten durch CDU und SPD.

Personalangelegenheiten in einer solchen Art und Weise öffentlich mit der Presse abzuhandeln, ist weder nachvollziehbar, noch hinnehmbar.

So etwas wäre selbst einem OB Norbert Bude (SPD) kaum in den Sinn gekommen, den Reiners im Kampf um das OB-Amt für das „schlechte Klima“ innerhalb der Verwaltung verantwortlich gemacht hatte.

Als ob dieses fragwürdige Verhalten noch nicht genug gewesen sei, wurde Reiners gegenüber seinen ehemaligen Journalistenkollegen von der RP noch deutlicher: "Der Weg ist unvermeidlich. Bei einer offenen Abstimmung hebe ich auch die Hand für die

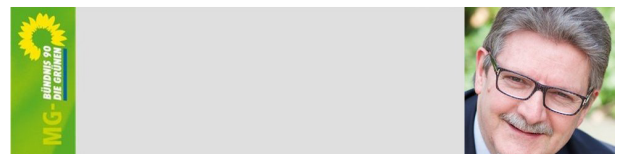
Abberufung."

Das mag zwar ehrlich klingen, macht jedoch deutlich, dass es ihm, was Personal angeht, eindeutig an Takt- und Fingerspitzengefühl fehlt.

Dies auch vor dem Hintergrund, dass er zum einen im Jahr 2010 Andreas Wurff mit gewählt hatte, zum anderen als CDU-Sprecher im Planungs- und Bauausschuss mit ihm zusammen gearbeitet hatte und dort er keine Kritik an Wurff, vor allem nicht in dieser Massierung geäußert hatte.

Das nährt die Vermutung, dass es - wie Karl Sasserath (B90/Die Grünen) es formulierte - um eine Art „Flurbereinigung“ seitens der CDU geht, die momentan in Dr. Gert Fischer nur einen Dezernenten stellt.

Man stelle sich vor, fünf Ratsmitglieder aus CDU und SPD würden ihren Fraktionsvorsitzenden nicht folgen und ihnen bei einer sehr wahrscheinlichen geheimen Abstimmung die „Gefolgschaft“ verweigern.



Im Interview mit unserer Zeitung und im heutigen Pressegespräch war bei Karl Sasserath viel mehr als nur Enttäuschung über das Verhalten der heutigen CDU-Partner SPD zu spüren.

Hatten die Grünen doch durch ihr loyales Abstimmungsverhalten - auch über die Ampel-Kooperation hinaus - maßgeblich dazu beigetragen, dass die SPD die im Ampel-Vertrag vereinbarten Vorschlagsrechte für den Personal- und Ordnungsdezernenten Schnaß (SPD) und der in ein paar Tagen ihren Dienst antretenden Sozialdezernentin Schall (SPD) wahrnehmen konnte.

Offensichtlich hatte CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Hans Peter Schlegelmilch schon bei den Sondierungsgesprächen mit den Grünen Andeutungen hinsichtlich Unzufriedenheiten mit Wurff gegeben.

Auf das Angebot der Grünen zu einem klärenden Gespräch zwischen ihnen, der CDU und dem Baudezernenten war Schlegelmilch nicht eingegangen.

Danach waren die zweitägigen Sondierungsgespräche beendet.

Alles in allem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die kurzfristige Abwahl von Andreas Wurff Kernpunkt des „Kooperationsdeals“ zwischen CDU und SPD war.

BZMG: Herr Sasserath, das Thema ist bekannt. CDU und SPD wollen Herrn Wurff abwählen. In dem heutigen Pressegespräch haben Sie einen Aspekt hinein gebracht, der bemerkenswert ist und zwar die Verhaltensweise oder die Rolle von OB Reiners.

Können Sie das bitte noch einmal rekapitulieren? Welche Meinung haben Sie dazu?

Karl Sasserath: Der Oberbürgermeister übernimmt in der Stadt dem Grund nach drei Funktionen.

Er ist erster Bürger der Stadt, also Repräsentant der Stadt Mönchengladbach.

Er ist Vorsitzender des Rates.

Er ist gleichzeitig Verwaltungschef.

In der Rolle des Verwaltungschefs pflegt er eine enge Zusammenarbeit mit den Dezernenten. Es gibt eine wöchentlich tagende Verwaltungskonferenz, es gibt immer den Zugriff auf die Dezernenten, und es gibt dem Grunde nach eine Arbeitsebene.

Wenn auf der Arbeitsebene innerhalb der Verwaltung etwas nicht stimmt, d.h. arbeitsrechtlich oder disziplinarrechtlich, dann ist zunächst einmal die Frage zu stellen: hat der Oberbürgermeister das Gespräch mit Herrn Wurff über diese Fragen gesucht.

BZMG: Wissen Sie, ob es Gespräche gab?

Sasserath: Dazu gibt es aus meiner Sicht keine objektiven Anhaltspunkt. Da sind wir auf der zweiten Ebene und zwar auf der Ebene des Oberbürgermeisters als Vorsitzender des Rates.

Wenn es disziplinarrechtliche oder arbeitsrechtliche Vorwürfe gegen Herrn Wurff gibt, wonach er sein Amt nicht in der gebotenen Sorgfalt wahrgenommen hätte, dann wäre erst mal der Rat über diese Frage zu unterrichten gewesen und zwar im nichtöffentlichen Bereich, weil es sich hier um eine Personalangelegenheit handelt, die mit der gebotenen Sorgfaltspflicht zu handhaben ist.

Eine Unterrichtung des Rates ist nie erfolgt, auch von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein Angebot, das wir der CDU im Beisein von Herrn Reiners und Herrn Dr. Schlegelmilch frühzeitig unterbreitet haben, bei Unstimmigkeiten mit Herrn Wurff ein gemeinsames Gespräch zu suchen, auch dieses Angebot ist von Seiten der CDU nie gekommen. Von daher sind wir hier an diesem Punkt maßlos enttäuscht, dass ein Oberbürgermeister hingehet und sich an der öffentlichen Demontage eines Dezernenten beteiligt.

BZMG: Wann habe Sie dieses Angebot an die CDU gemacht?

Sasserath: Wir haben das schon im Rahmen der Kooperationsverhandlungen gemacht. Wir haben zwei Tage mit der CDU verhandelt und haben damals sofort, als Kritik geäußert wurde, angeboten mit der Beteiligung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit Herrn Wurff und der CDU ein Gespräch zu führen.

Das Angebot habe ich an Herrn Dr. Schlegelmilch gerichtet. Von diesem Angebot ist niemals Gebrauch gemacht worden.

BZMG: Das heißt also, es ist jetzt keine spontane Eingebung seitens der CDU und SPD gewesen, sondern das hat schon den Eindruck einer langfristigen Planung.

Sasserath: Also auf Seiten der CDU ist dieser Eindruck mit Sicherheit nicht von der Hand zu weisen.

BZMG: Ist Ihnen bekannt, ob die CDU mal mit Herrn Wurff gesprochen hat?

Sasserath: Das ist uns unbekannt. Ich erinnere nochmal daran, dass die CDU bei der Wahl 2010 für Andreas Wurff gestimmt hat. Der jetzige Oberbürgermeister Hans Wilhelm Reiners war planungspolitischer Sprecher der CDU. Auf Grund dieser Aufgabe nach eine ganz enge Verbindung mit dem Dezernenten.

Wir haben in der Zeit bis 2014, im Grunde nach einer vierjährigen Zusammenarbeit, niemals eine Kritik von Herrn Reiners als planungspolitischer Sprecher der CDU vernennen können. Man kann auch schlichtweg davon ausgehen, dass, wenn ein Dezernent auf unseren Vorschlag gewählt wird, wir natürlich auch in einer bestimmten Verantwortung stehen, und diese Verantwortung nehmen wir wahr.

Aber, in dieser Rolle hat man uns niemals kontaktiert und niemals abgefragt. Letzten Endes hat man auf unser Handeln verzichtet.

BZMG: Eine zunächst etwas vom Thema abweichende Frage. Wie lange ist Ihrer Auffassung nach eine Bündnisverpflichtung verpflichtend für alle Partner?

Hintergrund: Herr Wurff wurde von Ihnen vorgeschlagen, von der Ampel mitgetragen, von allen gewählt, damit auch von der SPD. Jetzt will dieselbe SPD oder die gleiche SPD, es sind ja andere Personen, denselben Dezernenten abwählen.

Gibt es dafür eine Erklärung?

Sasserath: Also der neue Fraktionsvorsitzende der SPD, Felix Heinrichs, hat mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, respektive mir oder irgend jemand anderem aus dem Fraktionsvorstand, niemals das Gespräch gesucht.

Die Vereinbarung, Herrn Wurff abzuwählen, darüber kann ich nur spekulieren, wird offensichtlich ein Teil der Vereinbarung gewesen sein, die dazu geführt hat, dass die CDU mit der SPD eine Koalition eingegangen ist. Das heißt, an der Abwahl eines grünen Dezernenten wird die Kooperation zwischen SPD und CDU nicht scheitern.

Trotzdem ist das Zeichen, das von dort ergeht, fatal.

Erstens einmal, was eine Zusammenarbeit zwischen Grünen und SPD in Zukunft angeht. Ich glaube, dieses Verhalten belastet die Zusammenarbeit massiv. Ich erinnere daran, dass z.B. die Grünen sich, auch nach dem Zusammenbrechen der Ampel, immer kooperationskonform verhalten haben.

Wir haben den Weg mit unserem Abstimmungsverhalten dafür bereitet, dass die SPD die vakante Stelle des Sozialdezernenten mit einer Frau besetzen konnte. Die Voraussetzung dafür hat Bündnis 90/Die Grünen mit

ihren Stimmen geschaffen. Wir haben den Personaldezernenten Schnaß, den wir für eine Bereicherung der Stadt Mönchengladbach ansehen, selbstverständlich gewählt.

Wir haben uns in dieser Frage immer konform verhalten. Dem Grunde nach begeht die SPD hier einen schändlichen Vertrauensbruch.

BZMG: Was glauben Sie, welche Auswirkungen das Abwählersuchen, dieser gesamte Vorgang für die zukünftige Ratsarbeit, die Arbeit in den Ausschüssen und den Bezirksvertretungen hat?

Sasserath: Wir erleben ja jetzt schon, dass die Große Kooperation CDU und SPD im Grunde nach alles abspalten, was nicht in den inneren Ring ihrer politischen Zusammengehörigkeit gehört. Gute Vorschläge aus dem Rat, so sie nun von den Linken kommen oder von den Grünen, werden überhaupt nicht mit der gebotenen Sachkenntnis und dem gebotenen Respekt behandelt.

Wir erleben zurzeit, dass die Strukturen innerhalb der Stadt so gesteuert werden, dass auch in den vielen Bereichen der Beteiligungsgesellschaften die Grünen von der parlamentarischen Kontrolle ausgeschaltet werden. Ich nenne z.B. die NEW AG oder die Kreisbau AG, wo wir nicht mehr vertreten sind. Oder in der GEM.

Ich nenne das Verfahren, das z.Z. Stellen im Wesentlichen mit der Qualifikation des CDU-Parteibuches besetzt werden und weniger nach der Frage der formalen Qualifikation. Dies setzt sich in das Baudezernat fort, und ich weise darauf hin, dass Bereiche wie die NEW AG, GEM oder Kreisbau AG und das Baudezernat, die großen Investitionsbereiche sind.

Dort, wo zig Millionen von Euro verbaut und investiert werden, wo politische Entscheidungen getroffen werden, die von großer finanzieller Bedeutung sind. Hier an dieser Stelle dem Grunde nach offensichtlich Personen installiert werden, die in erster Linie das richtige Parteibuch haben.

BZMG: Abschließend. Wenn man alles subsummiert, was Sie eben gesagt haben, kommt man zu dem Ergebnis, dass Sie offensichtlich der Meinung sind, dass der Vertrauensbruch, der jetzt kolportiert worden ist, nicht der wirkliche Grund für dieses Abwählersuchen ist.

Sasserath: Nein. Es geht in dieser Frage ganz klar um einen Machtvollzug. In der französischen Revolution würde man das Thermidor nennen, wo im Grunde alles abweichende, was die Buntheit dieser Stadt und die Vielfalt dieser Stadt ausmacht, reduziert wird auf CDU und SPD.

Das löst natürlich Angst aus und das wird auch zu einer Entpolitisierung in Mönchengladbach beitragen. Das verheißt nichts Gutes. Das hat schon in der Zeit von 1989 bis 1995, wo wir schon einmal eine große Kooperation in Mönchengladbach gehabt haben, für die Stadt nichts Gutes gebracht.

Mönchengladbach stehen hier keine guten Zeiten ins Haus.

BZMG: Danke schön für das Gespräch Herr Sasserath.

Sasserath: Bitte schön.

BürgerZeitung Mönchengladbach

Mühlenstraße 208 • 41236 Mönchengladbach
Telefon (0 21 66) 92 43 03 • Telefax (0 21 66) 92 43 04
redaktion@bz-mg.de